



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 22. Juni 2022

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/115 und 2022/235

252. 2022/115

Weisung vom 30.03.2022:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2021

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2021 (Beilage) der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wird genehmigt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/115 und 2022/235.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Sanija Ameti (GLP): *Ich habe in meinem Leben noch nicht so viele Geschäftsberichte studiert. Ich kann aber mit Sicherheit sagen – da sind sich die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission (GPK) einig –, dass der Geschäftsbericht der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) ein ausgesprochen hübsches und digital ausgerichtetes Exemplar ist. Zusammengefasst enthält der Bericht neben Kennzahlen und Rechnung die Unterbringung von Geflüchteten als digitales Fokusthema. Dazu werden Fragen wie folgende aufgeworfen: Wie sieht es in einer Asylunterkunft aus? Wie beschäftigen sich die Geflüchteten den ganzen Tag? Welche Wohnbedürfnisse haben vulnerable Personen wie etwa Frauen, Kinder oder queere Menschen? Anschliessend folgen einige QR-Codes, mit denen man die Antworten zu den Fragen des Fokusthemas laden kann. Der GPK hat allerdings nicht ganz eingeleuchtet, weshalb ausgerechnet das Fokusthema – das medial konstant für Aufsehen sorgt – auf diese Weise gänzlich aus dem eigentlichen Geschäftsbericht ausgelagert wurde. Was man hinter den Codes findet, ist ein Fotoessay, eine Ukraine-Reportage oder ein 26-minütiges Videointerview mit dem AOZ-Direktor und der Verwaltungsratspräsidentin, in dem sie über die zentralen Herausforderungen der AOZ berichten: Zum Beispiel den neuen Leistungsauftrag mit der Stadt Zürich oder die Kritik am Betreuungsauftrag im Bundesasylzentrum Zürich (BAZ). Im Grunde behandeln sie dort die Kernthemen, die uns und die breite Öffentlichkeit im Jahr 2021 beschäftigt haben. Die GPK-Mehrheit war sich einig: Die digitalen Informationen waren gut gemeint, aber Berichterstattungen zu zentralsten Themen gehören nicht hinter einem QR-Code versteckt oder in ein 20-minütiges Video verpackt. Sie sollten im eigentlichen Text des Geschäftsberichts zumindest in den Grundzügen Erwähnung finden. Die gleiche Problematik findet sich in einem fiktiven Video über die Flucht- und Asylverfahren eines afghanischen Jugendlichen. Weder im Video noch im Geschäftsbericht findet sich ein Wort über die Situation der unbegleiteten Minderjährigen (Mineurs non accompagnés,*



MNA) in Asylzentren. Man kann nicht behaupten, es gäbe keinen Platz im Geschäftsbericht, wenn die Hälfte dieses Berichts aus Bildern besteht. Inhaltlich – und das ist die Meinung der Mehrheit – handelt es sich beim Bericht eher um eine Image-Broschüre als um einen Geschäftsbericht, der die Realität in ihrer Substanz abbildet; das hiesse im Text effektiv über die Tatsachen, zentralen Probleme, Missstände und Massnahmen zu berichten. Insofern beurteilt die GPK-Mehrheit den Geschäftsbericht als materiell ungenügend. Trotz oder gerade mit dieser Kritik hat die Mehrheit sich entschlossen, den Geschäftsbericht zu genehmigen. Auch die GLP genehmigt den Bericht, wenn auch zähneknirschend. Denn aus den zahlreichen Fragerunden und Gesprächen mit der AOZ geht hervor, dass die AOZ in einem untragbaren gesetzlichen und vertraglichen Rahmen nach bestem Wissen und Gewissen operiert. Die Verantwortung für diesen nichttragbaren Rahmen liegt zum grossen Teil beim Gesetzgeber und Regierungsrat des Kantons. Nun spreche ich persönlich: Die AOZ gehört zu 100 Prozent der Stadt. Das sind wir. Jedes Mal, wenn wir sagen die AOZ habe etwas schlecht gemacht, dann haben wir es schlecht gemacht. Wir haben uns dafür einzusetzen, dass die AOZ einen Rahmen bekommt, in dem sie ihre Arbeit gut machen kann. Diese Imagebroschüre färbt schlussendlich unser eigenes Image schön. Nutzen wir die anschliessende Diskussion, um Taten folgen zu lassen, um diesem Image tatsächlich gerecht zu werden.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es geht um den Bericht und um die Arbeit der AOZ an sich. Die Kritik am Inhalt des Berichts haben wir gehört. Was man auch beurteilen kann, ist keine Literatur- oder Medienkritik, sondern ein Durchgriff auf die Arbeit, die dahintersteht. Die Verfasser eines solchen Berichts sind dafür verantwortlich und nicht wir alle. Wir sind nicht die Autoren und mussten nichts absegnen. Daher liegt die Verantwortung ganz bei der AOZ. Wie Sie wissen, hat die SVP den Bericht immer abgelehnt, das war eine Tradition. Die AOZ befindet sich allerdings in einem Umbruch: Es gibt ein neues Verwaltungsratspräsidium, eine neue Direktion und man hat zu den Missständen eine Untersuchung in Auftrag gegeben, wozu es auch einen Bericht gibt. All dies lässt darauf deuten, dass es durchaus denkbar ist, dass die Zukunft eine andere sein kann. Man könnte sich enthalten und sagen, man gibt dem eine Chance, indem man nicht Stellung nimmt. Das wäre ein Paradigmenwechsel der SVP, aber das wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt der falsche Moment. Es würde falsche Signale senden. Wir haben gehört, es wird darüber debattiert werden. Diese falschen Signale wollen wir sicherlich nicht senden. Mit anderen Worten: Die SVP lehnt den Bericht ab.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit der RPK (siehe Geschäft GR Nr. 2022/84, Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2021, Genehmigungen und Kenntnissnahmen, Dispositivziffer 2, Beschluss-Nr. 254/2022)

Përparim Avdili (FDP): *Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragt Ihnen die Zustimmung zur Rechnung.*

Johann Widmer (SVP): *Es hat Tradition, aber auch seine guten Gründe. Wir lehnen die Rechnung ab, insbesondere wegen dem ausgewiesenen Defizit. Wir verorten immer*



noch unzulängliche Zustände in der AOZ selbst und bezüglich Sicherheit.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat GR Nr. 2022/235 (vergleiche Beschluss-Nr. 192/2022): Am 3. Juni 2022 haben der Tages-Anzeiger, Radio SRF und «Das Lamm» breit über Missstände im Zentrum Lilienberg berichtet. Die Berichte gehen auf ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurück, die anonym beschrieben haben, wie der Tag im Lilienberg abläuft. Ich selbst habe mit Luca Maggi (Grüne) und den Kantonsrätinnen Anne-Claude Hensch und Jasmin Pokerschnig die ganze Aufarbeitung begleitet. Wir haben gemeinsam eine Reihe von Sofortmassnahmen formuliert, wie man auf diese Missstände reagieren soll. Es geht im Wesentlichen um drei Sachen, die ich erwähne, weil man lieber handeln soll, statt eine grosse Debatte über einen Geschäftsbericht zu starten. Es geht erstens darum, zusätzliches Personal anzustellen. Zweitens geht es darum, die überfüllten Einrichtungen kleiner zu machen und neue Einrichtungen zu eröffnen. Es geht drittens darum, dass in die Schweiz geflüchtete Jugendliche in einer normalen Schule unterrichtet werden können und nicht den ganzen Tag am Lilienberg verbringen müssen. Die AOZ hat vor der Berichterstattung eine zusätzliche Unterkunft geöffnet. Ich bin überzeugt, dass Regierungsrat Mario Fehr vor zwei Tagen an diesem Pult gelogen hat, als er sagte, dass die AOZ die Eröffnung der Affolternstrasse verzögert habe. Darüber werden wir noch sprechen. Sanija Ameti (GLP) sagte, dass wir uns in einem schwierigen Konstrukt befinden; das ist in der Tat wahr. Wer die Verträge anschaut, weiss dies. Es braucht eine gemeinsame Anstrengung der Stadt Zürich, der AOZ, des Kantons und der Schulgemeinde Affoltern, um nachhaltige Änderungen durchsetzen zu können. Von daher bin ich leicht optimistisch, dass wir rasch zu Verbesserungen kommen. Der Gemeinderat ist selbst gefordert, Ende Jahr die nötigen Mittel zu beschliessen, wenn das nicht schon geschah, damit das Personal angestellt und das Betreuungskonzept umgesetzt werden kann. Was wir nicht alleine können und wo wir die Kooperation von Mario Fehr benötigen, ist die Eröffnung von weiteren Zentren und die Anpassung des Vertrages mit der Schulgemeinde Affoltern. Es steht im Vertrag des Lilienbergs, dass die Jugendlichen dort in sehr beengten Verhältnissen untergebracht werden müssen. Ich habe gehört, dazu fänden bereits Diskussionen statt. Die Berichterstattung hat ausgelöst, was wir uns erhofft haben: eine breite Debatte und auch Diskussionen in den Strukturen selbst, wo Veränderungen durchgesetzt werden können. Was nicht angegangen wurde, ist die Frage, wie die AOZ mit den Mitarbeitenden und den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern umgeht. Es ist ein langwieriges Thema, das bei der AOZ immer wieder hochqualifizierte, gute Leute gehen; beim Abbau der Strukturen im Jahr 2018 gab es einen Exodus. Wir wissen, dass wunderbare Konzepte da sind, aber die Leute, die sie umsetzen könnten, sind nicht mehr bei der AOZ. Deswegen haben SP, Grüne und AL dieses Berichtspostulat eingereicht, damit der Gemeinderat einen Bericht über die Entwicklung der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen und jungen Erwachsenen in diesen Zentren der AOZ erhält. Der Gemeinderat lässt dem Stadtrat einen breiten Spielraum bei der Erarbeitung der Grundlagen dieses externen Berichts. Wir wollen einen substanziellen Bericht, der den Mitarbeitenden und den Kooperationspartnern die Möglichkeit gibt, ohne Druck zu sagen, was sie erlebt haben, und Vorschläge zu machen, wie Veränderungen umgesetzt werden können. Das ist der Kern des Postulats, es gibt aber noch einen Zusatz. Im



Jahr 2014 war die Aufsicht über die Zentren noch beim Amt für Jugend- und Berufsberatung. Es wurde von anderen Grundlagen, was die Heime und Unterkünfte erfüllen müssen, ausgegangen. Man hatte Vorschläge gemacht, wie diese verbessert werden können. Danach hatten wir eine starke Zunahme und Abnahme, die die Institutionen unter Druck gesetzt haben. Jetzt haben wir eine Zunahme, bei der wir zu denselben Zuständen kommen, wie in der Vergangenheit. Von daher wünschen wir, dass die Untersuchung breit angelegt wird und dass die Leute ihre Erfahrungen in Sicherheit teilen können, ohne dass Mobbing stattfindet. Wir anerkennen, dass die Stadt Zürich und die AOZ Anstrengungen unternommen haben, um genau diesen Punkt zu verbessern. Ende letzten Jahres ist ein Reglement erschienen, das genau diese Themen betrifft: Wie die Mitarbeitenden sich einbringen können, wie sie Missstände melden und wie Klientinnen und Klienten in ihrer Sprache sagen können, was geht und was nicht geht. Dessen Umsetzung muss in Auftrag gegeben werden und es wäre gut, dafür mit dem Ombudsmann Kontakt aufzunehmen. Regierungsrat Mario Fehr hat alles falsch gesagt und ein Lügenkonstrukt präsentiert. Und dies, nachdem die AOZ versucht hatte, es kooperativ zu lösen. Ich bin sehr erstaunt, dass ein parteiloser Sicherheitsdirektor so interveniert.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Ich hätte gerne am Ende der Debatte die Ablehnung erklärt und lieber zuerst der Geschäftsberichtsdebatte zugehört, die das Haupttraktandum ist. Ich wurde aber von der Dynamik der Debatte überrascht und ziehe den Teil des Postulats vor. Ich bin zu einem hohen Prozentsatz einverstanden mit dem, was Walter Angst (AL) gesagt hat – ausser den Aussagen zu kantonalen Stellen oder allfälligen Regierungsräten, dazu äussere ich mich nicht. Ich bin mit den Aussagen, welche Entwicklungen und Themen in diesem Bereich angegangen werden müssen, einverstanden. Der Stadtrat lehnt das Postulat aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Es ist tatsächlich etwas speziell, wenn der Gemeinderat beim Stadtrat eine Administrativuntersuchung bestellt. Grundsätzlich nimmt der Stadtrat seine Funktion wahr und ist über verschiedene Themen im Zusammenhang mit der AOZ informiert. Ich mache mir keine Illusion darüber, dass die Mehrheit des Gemeinderats dieses Postulat überweisen wird, aber muss darauf hinweisen, dass es ein erneuter Bericht in einer Kaskade von Berichten ist. Irgendwann müssen wir klären, welcher Bericht welche Aufgabe hat. Einerseits haben wir die angekündigte Untersuchung, respektive die Betriebsprüfung durchs kantonale Sozialamt. Wir haben ein bereits vom Gemeinderat überwiesenes Postulat, das möchte, dass wir von einer unabhängigen Stelle prüfen lassen, wie die Arbeit der AOZ im Bereich der unbegleiteten Minderjährigen ist. Wir beantworten Fragen aus der GPK und arbeiten am Bericht zu zwei Jahren Bundesasylzentrum wie auch an der Berichterstattung des Verwaltungsrats der AOZ zu einer eigenen administrativen Untersuchung zur Arbeit der AOZ. Wir haben eine Kaskade von Themen, bei denen es richtig und wichtig ist, diese anzuschauen und aufzuarbeiten. Wir würden gerne dort Prioritäten setzen, wo sie im Moment zur Verbesserung der Situation entscheidend sind. Sie werden im Herbst einen Bericht erhalten, in dem der Stadtrat darlegen wird, wie wir uns das Thema Kollektivstrukturen – dazu gehört auch der Lilienberg – künftig vorstellen. Wir wollen dann diskutieren, wenn dieser Bericht vorliegt, was der künftige Rahmen sein soll und auf ihre Fra-*



gen eingehen. Gerade ist nicht der Moment dazu. Ich möchte zum Thema Berichterstattung und welche Erkenntnis sie bringen kann, folgendes sagen: Es ist eine Schwierigkeit, dass wir als Stadt den Bereich nicht komplett unter eigener Kontrolle haben. Es ist kein städtischer Betrieb, der eine städtische Aufgabe wahrnimmt, sondern es ist der Kanton, der verschiedene Stellen involviert. Entsprechend können wir nicht auf Partnerinnen und Partner zugreifen und deren Informationen abholen und dazu einen öffentlichen Bericht machen. Das ist die Realität. Die Gefahr, dass Enttäuschungen auftauchen, wenn wir einen solchen Bericht erstellen, ist gross. Aus diesem Grund lehnen wir seitens Stadtrat ab. Wir sind bereit, weiter im Rahmen unserer Möglichkeiten Bericht zu erstatten, vor allem auch, um die Situation weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Bättschmann (Grüne): Bei uns Grünen hat es keine Tradition, dass wir den Geschäftsbericht der AOZ ablehnen. Das ist das erste Mal und wir machen dies mit gemischten Gefühlen und nicht unüberlegt. Grund sind die immer wieder aufkommenden, negativen Informationen in den Medien bezüglich der Zustände bei der AOZ. Wie im GPK-Geschäftsbericht 2021 ausgeführt ist, hat sich die GPK zwischen den Jahren 2019 und 2021 vertieft mit der Unterbringung und den Rahmenbedingungen von MNA auseinandergesetzt. Im Jahr 2020 hat die GPK zwei Zentren besichtigt und sich von der AOZ über den aktuellen Stand informieren lassen. Was wir gesehen und gehört haben, gab uns einen guten Eindruck. Im Jahr 2021 tauchten in den Medien Vorwürfe zum Bundesasylzentrum Zürich auf, was im Rat diverse Vorstösse auslöste. Der Verwaltungsrat hat daraufhin einen externen Bericht in Auftrag gegeben, der seit dem 10. Juni 2022 öffentlich ist. In diesem Bericht werden keine systemischen Mängel in der Organisation aufgezeigt, weswegen keine wesentlichen strukturellen oder personellen Anpassungen nötig seien. Weiter wird bescheinigt, dass die AOZ bereits im Jahr 2021 wichtige Verbesserungen in ihrer Organisation vorgenommen hat. Trotzdem gibt es seit Anfang Juni 2022 neue Vorwürfe. Wir vermissen die dramatischen Zustände im MNA Lilienberg im Geschäftsbericht 2021. Es wird weder auf die öffentlich bekannten Vorwürfe zum BAZ hingewiesen, noch wie die AOZ-Verantwortlichen damit umgingen. Natürlich ist uns klar, dass die Situation, in der sich die AOZ befindet, nicht von der neuen Führung verursacht wurde. Ich habe persönlich das Vertrauen in die neue Führung, dass Veränderungen spürbar und sichtbar werden. Weiter ist uns klar, dass die AOZ in einem komplexen und nicht einfachen Umfeld tätig ist. Ein Umfeld, das durch Abhängigkeiten und Bestimmungen von Bund und Kanton geprägt ist. Hinzu kommt die instabile und sich zum Teil sprunghaft verändernde Anzahl von geflüchteten Menschen, die bei uns human und in angemessenem und sicherem Umfeld aufgenommen, betreut und begleitet werden. Wir hoffen, dass im Geschäftsbericht 2022 soweit möglich aufgezeigt wird, in welchem Spannungsfeld die AOZ ihre Aufgaben wahrnimmt und wo die Problemstellungen sind. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitenden der AOZ für ihre engagierte Arbeit.

Reis Luzhnica (SP): Die Aufgabe eines Geschäftsberichts ist es, wie es der Name schon sagt, einen Bericht über den Geschäftsverlauf im letzten Jahr zu verfassen. Ein Lagebericht über die aktuelle Situation, der nicht nur beschönigend ist. Ein Geschäftsbericht soll auch die herausfordernden Seiten zeigen und ehrlich Rechenschaft über das



vergangene Jahr ablegen. So sollen wir, die die Zustände dort nicht eins zu eins kennen, erfahren, was in der AOZ läuft und worauf ein Augenmerk gelegt werden soll. Im Geschäftsbericht 2021 werden die massiven Missstände im MNA Zentrum Lilienberg mit keinem Satz erwähnt und dies, obwohl die AOZ und das kantonale Sozialamt nach dem publik werden der Berichte gesagt haben, dass die Vorwürfe bekannt seien. Sie könnten aber nicht immer das Optimum herausholen. Offenbar gab es letztes Jahr ein Audit im Lilienberg. Es sind 13 Mitarbeitende gegangen, nachdem sie versucht hatten, die Zustände gegenüber der Geschäftsleitung aufzuzeigen und offensichtlich abgeblitzt sind. Die AOZ wusste, dass es im Lilienberg kocht. Da muss man sich umso mehr fragen, warum man dazu kein Wort im Geschäftsbericht verloren hat. Das einzig negative, das erwähnt wird – und das auch nur, weil es schon bekannt war und medial aufgenommen wurde –, sind die Missstände im Bundesasylzentrum. Ich befürchte, wenn dies nicht bekannt gewesen wäre, wäre dies auch unter den Teppich gekehrt worden. Niemand erwartet, dass der Bericht die AOZ schlecht macht, aber er soll ehrlich und wahrheitsgetreu sein und die halbe Wahrheit ist eben doch keine Wahrheit. Wir haben den Geschäftsbericht der AOZ Jahr für Jahr abgenommen; zwar mit Bauchschmerzen, aber wir konnten doch noch dahinterstehen. Irgendwann ist aber genug. Wenn so massive Missstände wie im Lilienberg unerwähnt bleiben, können wir kein Auge zudrücken. Es geht um unbegleitete Minderjährige, die sehr verletzlich und vulnerabel sind und mit vielen Belastungen zu kämpfen haben. Eine behandelnde Psychologin der Jugendlichen spricht von 75 Prozent, die unter Traumafolgestörungen leiden. Statt die Jugendlichen, die in einem staatlichen Heim untergebracht sind, zu unterstützen, verwaltet man sie einfach. Man nimmt dabei die Kindswohlfährdung in Kauf und kanzelt Mitarbeitende ab, die das nicht hinnehmen möchten. Dabei hatte man die Möglichkeit zu zeigen, was schief läuft, als letztes Jahr ein Audit durchgeführt wurde. Warum wurde die Chance nicht ergriffen? Die ehemaligen Mitarbeitenden sprechen von einem beschönigten Audit, das monatelang vorbereitet wurde. Wenn die Vorwürfe des beschönigten Audits nicht stimmen, warum hat es die AOZ verpasst, in den Medien inhaltlich Stellung zu nehmen? Man weiss leider bis heute nicht genau, welche Sofortmassnahmen seit den Zeitungsberichten ergriffen wurden, um die gravierenden Missstände zu beheben. Man weiss auch nicht, wie sich die AOZ gegen die rigiden Vorgaben des kantonalen Sozialamts wehrt. An all die, die sich über die Ablehnung aufregen: Es wäre schön, würden wir uns auch über derart gravierende Missstände und die Kindswohlfährdung von Jugendlichen aufregen. Wir wissen, dass die Ablehnung symbolisch ist, aber auch die Symbolik darf nicht unterschätzt werden. Es reicht, es muss etwas unternommen werden und solche Missstände dürfen nie wieder entstehen oder unter den Teppich gekehrt werden.

Martina Zürcher (FDP): Die Mehrheitssprecherin hat das Wesentliche schon gesagt, wobei wir ihre Bewertung des Berichts als «materiell ungenügend» etwas übertrieben finden. Wir würden eher sagen, er ist formell verbesserungswürdig. Die FDP-Fraktion genehmigt als Teil der Mehrheit, die nun wahrscheinlich zur Minderheit wird, diesen Bericht. Das heisst nicht, dass wir nicht finden, dass es in einem Bereich Verbesserungsmaßnahmen benötigt. Nun einige Punkte zum Postulat, die mich als GPK-Mitglied stören. Inhaltlich sagt Michael Schmid (FDP) noch etwas dazu. Der Ratspräsident hat von einem Begleitpostulat gesprochen. Ein echtes Begleitpostulat wird in diesem Rat üblicherweise in der vorberatenden Kommission thematisiert, bevor es eingereicht wird.



Das war bei diesem nicht so. Luca Maggi (Grüne) hat heute Abend bereits den öffentlichen Tätigkeitsbericht der GPK angesprochen. Darin steht, dass sich die GPK bereits im Mai 2019 mit der Pendenz AOZ und MNA befasst hat. Ich möchte ihn darauf hinweisen: Wenn die GPK im Tätigkeitsbericht schreibt, dass sie etwas im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts anschauen oder diskutieren möchte, heisst das, dass sie dies in der Kommission anschauen und diskutieren möchte und jeder dort etwas einbringen kann. Man diskutiert nicht gleichzeitig ein Postulat im Rat. Wie im Tätigkeitsbericht auch steht, hat die GPK diese Pendenz am 8. März 2021 abgeschlossen. Zu dieser Zeit haben die drei einreichenden Fraktionen 7 von 11 GPK-Mitgliedern gestellt, also 64 Prozent der Kommission. An mir lag es also nicht und ich nehme es auch nicht persönlich, weil ich mir bewusst bin, dass nicht alle 125 Gemeinderatsmitglieder Parteipolitik und Aufsicht genügend trennen können. Wenn Sie Informationen haben, wo etwas nicht gut läuft, bringen Sie dies in die GPK, sei es über Ihre «Fraktionsgspänli» oder über mich.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich danke der AOZ herzlich für den Geschäftsbericht sowie die Erklärungen und Erläuterungen in der GPK. Ich habe diese als sehr offen und transparent empfunden und den Eindruck gewonnen, dass die neue Führung sehr bemüht ist alles dafür zu tun, dass die AOZ ihren Job gut macht. Wir werden den AOZ-Geschäftsbericht dementsprechend als Mitte/EVP-Fraktion genehmigen. Einen kleinen Schönheitsfehler hat er: Wenn Sie Probleme in einem Geschäftsberichtsjaahr erkennen, nennen Sie sie und gehen Sie proaktiv darauf ein. Das hilft uns zu sehen, woran Sie arbeiten und Ihnen künftig ein gutes Zeugnis auszustellen. Es wurde viel zum Formellen des Postulats gesagt und wer, wie, welche Aufsicht hat. Wir werden das Postulat ablehnen. Wir sind der Meinung, dass bereits genügend Untersuchungsbemühungen stattfinden und das Postulat diverse Punkte beinhaltet, die kritisch zu hinterfragen sind. Ein Grossteil wurde genannt; dass vorgeschlagen wird, wer das macht, ist einer davon.*

Michael Schmid (FDP): *Die Kritik an der Form teilen wir. Es gibt Verbesserungspotenzial, wie es eingangs vorgetragen wurde. Wenn man schaut, wen es sonst noch gibt, wäre das insbesondere die ORS Group AG (ORS). Wenn Sie meinen, dass im Geschäftsbericht 2021 der ORS transparenter informiert wird, sind wir sehr an Ihren Erkenntnissen interessiert. Die AOZ muss die Welt so nehmen, wie sie ist, und nicht wie wir sie gerne hätten. Sie macht in einem sehr schwierigen Umfeld eine sehr schwierige Arbeit. Dafür sollten wir uns bedanken. Die AOZ muss die Rechtsgrundlagen so nehmen, wie sie sind. Diese kann man ändern, aber für Bundesrecht müssen Sie sich bundesrechtlich einbringen; beim kantonalen Recht ist der Kanton zuständig. Wenn Sie die städtischen Grundlagen ändern wollen, dann können Sie Einfluss nehmen. Da ist tatsächlich etwas geschehen, indem der Stadtrat im Rahmen der Eigentümerstrategie und des Leistungsauftrags für die AOZ ein Moratorium für neue Kollektivstrukturen, Bundesasylzentren, aber auch Zentren für Minderjährige verfügt hat. Mir ist klar, dass Ihnen das politisch in den Kram passt. Das war ja auch eine Forderung, die Sie mit der Motion GR Nr. 2020/273 auf den Weg gebracht haben. Die Frage ist, ob das nicht ein Übergriff in die Zuständigkeiten der AOZ als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt ist. Es heisst in Artikel 4 Absatz 3, dass der Verwaltungsrat im Kanton Leistungsvereinbarungen abschliessen kann, sofern dadurch die städtischen Leistungsaufträge und die dafür zur Verfügung gestellten Mittel nicht beeinträchtigt werden. Das ist eine Diskussion, die*



durchaus offen angesprochen und transparent ausdiskutiert werden könnte. In der Vergangenheit hat man regelmässig bis hin zu fundamentaler Kritik von rechts kontern müssen, stets mit dem Verweis auf die geltenden Rechtsgrundlagen. Nun muss man dies mit Blick auf die linke Seite tun. Wenn man zum Bundesasylzentrum schaut, besteht klar der Eindruck, dass es nicht zu wenig Politik bei der AOZ gibt, sondern jetzt schon zu viel. Dies wollen sie nun noch verschärfen. Beim Postulat geht es nicht darum, dass Massnahmen getroffen werden, sondern dass der Stadtrat einen Bericht in Auftrag geben soll, den er nicht in Auftrag geben kann – dafür ist der Verwaltungsrat zuständig. Ich hatte den Eindruck, dass das, was Sie fordern, schlicht und einfach nicht geht. Du hast das Gefühl, wenn ein Postulat eingereicht ist, macht der Stadtrat es schon richtig. So kann man nicht verfahren, wenn man seriös die Oberaufsicht wahrnehmen möchte. Man muss abklären, welche Vorwürfe berechtigt sind und welche nicht berechtigt sind. Ihr könnt davon ausgehen, dass uns diese Vorwürfe genauso umtreiben wie euch. Es geht nicht darum, dass man vorverurteilt, oder dass der Stadtrat entgegen seinen Kompetenzen einen Bericht in Auftrag gibt. Es geht darum, dass man die Probleme rasch löst und allenfalls auf übergeordneten Ebenen Massnahmen trifft. Wenn man das Postulat überweist, ist es der zweite Streich, der zeigt, dass der Zürcher Gemeinderat nicht in der Lage oder willens ist, seine Funktion wahrzunehmen, sodass die Institution gefährdet ist. In letzter Konsequenz könnte dies zu einer Privatisierung der AOZ führen.

Alexander Brunner (FDP): *Ich stelle dieselbe Frage wie letztes Jahr, da sie noch immer nicht beantwortet wurde. Gibt es Folter? Wenn ja, dann müsste man strafrechtlich vorgehen. Wenn dies nicht so ist, dann nützt auch ein Bericht nichts. Es ist nicht so, dass wir zu wenige Berichte haben. Wir haben letztes Jahr nebst dem Bericht über Folter auch eine Auflösung gefordert. Es wurde gefordert, dass der Vertrag mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) aufgelöst wird. Sie sagen, es gibt Folter, sie wollen die Auflösung und mehr Berichte, aber eines wollen sie nicht: eine strafrechtliche Untersuchung. Die Frage ist, wer am Schluss die Verantwortung trägt. Es wird ein städtisches Beteiligungsmanagement und einen entsprechenden Stadtratsbeschluss zur AOZ geben. Dann gibt es eine Eigentümerstrategie, einen Leistungsauftrag an die AOZ, ein Reglement des Verwaltungsrats und eine Verordnung über die AOZ. Ein Bericht mehr oder weniger bringt nichts. Wir müssen fragen, wer die Verantwortung trägt. Ist es der Regierungsrat, das SEM oder der Stadtrat? Sie können Strafanzeige erstatten, wenn die in den Medien genannt Indizien wirklich stimmen. Wenn Sie dies nicht wollen, werden die vielen Berichte auch nichts bringen. Ich finde es feige, was Sie hier veranstalten.*

Tiba Ponnuthurai (SP): *Während in Kinder- und Jugendheimen eine Sozialpädagogin rund drei Jugendliche betreut, herrschen in Asylheimen für geflüchtete Jugendliche andere Standards. Im MNA-Zentrum Lilienberg muss derzeit eine Sozialpädagogin fast zehn Jugendliche betreuen. Ein struktureller Missstand, der es verunmöglicht, den Bedürfnissen dieser 90 Jugendlichen gerecht zu werden. Wer sich mit der Geschichte von Geflüchteten befasst, weiss, dass ihre Erfahrungen auf der Flucht oftmals traumatisierend sind. Seit der Abschaffung des Botschaftsasyls sind Menschen auf der Flucht grösseren Gefahren ausgesetzt. Auch die Jugendlichen im Lilienberg haben teils traumatisierende Geschichten erlebt und eine fachgerechte Betreuung ist umso wichtiger, denn Traumafolgen werden chronisch, wenn sie nicht rechtzeitig und umfassend behandelt*



werden. Die Zustände im Lilienberg entsprechen nicht den Ansprüchen der AOZ. Die Bedingungen, die es der AOZ verunmöglichen, ihre Aufgaben wahrzunehmen und es den Mitarbeiterinnen erschweren, ihren Job fachgerecht auszuführen, sollen mit dieser Administrativuntersuchung geklärt werden. Macht es beispielsweise Sinn, dass das kantonale Sozialamt Aufträge zur Asylunterbringung in einem Submissionsverfahren ausschreibt und so die Rahmenbedingungen schafft, die zu einem «race to the bottom» im Asylwesen führen? Was hat das für Konsequenzen für Mitarbeiterinnen in ihrem Arbeitsalltag und wo wird diese Kritik hingetragen, wenn sie geäussert wird? Seit dem Jahr 2014 ist die Anzahl von Asylgesuchen für MNA gestiegen: 346 im Jahr 2013 und ein krasser Anstieg im Jahr 2014 auf 800; im Jahr 2015 waren es sogar 2736. In dieser Zeit wurden Erfahrungen gesammelt, wie mit rasch ansteigenden oder abnehmenden Zahlen im MNA-Bereich umgegangen wird. Damals konnte man in den Medien ähnliche Vorwürfe lesen, da ebenfalls Problemstellungen ans Licht kamen. Die SP wünscht sich deswegen eine Klärung darüber, welche Mängel behoben werden müssen, damit die AOZ ihren Auftrag künftig so wahrnehmen kann, dass Jugendlichen eine erfolgreiche Integration ermöglicht wird. Der Blick zurück ins Jahr 2014 ist wichtig, damit Erfahrungswissen zu den Fluktuationen im MNA-Bereich gesammelt und analysiert werden kann und die wichtigen und richtigen Lektionen daraus gezogen werden. Eine umfangreiche Prüfung ist notwendig. Zuletzt möchte ich betonen, dass uns vor allem wichtig ist, dass sich die Zustände für die Jugendlichen im Lilienberg jetzt verbessern und nicht erst nach Ablauf des aktuellen Leistungsvertrags. Selbstverständlich sind wir bereit, die AOZ darin zu unterstützen und ihre finanziellen Mittel zu erhöhen, sofern sie den Mehraufwand nicht aus ihrem eigenen Kapital decken kann. Weil wir aber nicht nur «Pflasterlipolitik» machen wollen und die geäusserten, schwerwiegenden Kritikpunkte ernst nehmen wollen, ist es für uns relevant, dass die seit Jahren immer wieder auftretenden Missstände genau untersucht werden, und zwar von einer externen Person. Eine externe Fachperson kann aufzeigen, wie es immer wieder zu solchen Missständen kommen kann und wie sie nachhaltig verhindert werden können. Deswegen braucht es die administrative Untersuchung. Am Schluss geht es darum, dass die geflüchteten, minderjährigen Asylsuchenden die Betreuung erhalten, die sie dazu befähigt ein gutes Leben zu führen.

Luca Maggi (Grüne): Ich hoffe, Sie haben nach den Voten der FDP noch den Überblick. Auf der einen Seite haben wir den Fraktionspräsidenten, der Sachen in Voten hineininterpretiert, diese auslegt und Dinge behauptet, die gar nicht gesagt wurden. Wir hatten auf der anderen Seite meinen Vorredner, der Themen willkürlich miteinander vermischt und ein fünfminütiges Votum über das Bundesasylzentrum hält. Wir sprechen aber über den Lilienberg und haben das Wort Folter in diesem Zusammenhang nicht einmal in den Mund genommen. Wir sprechen von Kindwohlgefährdungen. Zeigen Sie mir den Artikel, mit dem man Kindwohlgefährdungen im Strafrechtbuch anzeigen kann. Sie haben Daten gefordert, die wir Ihnen präsentiert haben: In einem vierseitigen Dossier, das wir in einer rund dreimonatigen Arbeit gemeinsam mit den ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch in Rücksprache mit diversen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern ausgearbeitet haben. Wir haben uns bewusst dazu entschieden, die Forderungen zu veröffentlichen. Nämlich so, dass sowohl der Verwaltungsrat als auch der Stadtrat diese aufnehmen und so umsetzen können, wie es konk-



ret Sinn ergibt. Wir haben die Forderungen am 3. Juni, als die Missstände öffentlich wurden, veröffentlicht. Leider hat in den letzten drei Wochen fast kein Gespräch über diese Forderungen stattgefunden. Es ging vorwiegend um den Blick zurück und darum, dass man ihn verhindern und nicht in einem Bericht aufarbeiten will, was passiert ist. Es wurden verschiedene Hebel in Gang gesetzt, damit wir heute nicht über dieses Postulat sprechen. Wir wurden zwischenzeitlich sogar zum Rückzug aufgefordert. Wir sprechen nun heute darüber und ich finde dies richtig. Die geäußerten Vorwürfe erfordern Massnahmen auf allen Ebenen. Da reicht eine Untersuchung der GPK nicht. Wir wollen dies tiefgründig und über den Kompetenzbereich der GPK hinaus untersucht haben. Was ich sowohl bei der Debatte um den Geschäftsbericht als auch um dieses Postulat nicht verstehen kann, ist, weshalb es so schwer ist, das Kind beim Namen zu nennen oder Fehler aus der Vergangenheit offen zu legen. Beispielsweise zu sagen, dass der Vertrag aus dem Jahr 2019 hinten und vorne nicht reicht, um die versprochenen Betreuungsqualitäten zu erfüllen. Was Mario Fehr letzten Montag abgezogen hat, ist unhaltbar. Stimmt es, als er behauptete, dass der Kanton eine weitere Aussenstelle eröffnen wollte, die AOZ aber nicht bereit dazu war? Zu solchen Vorwürfen soll öffentlich Stellung bezogen werden. Den Ablehnungsantrag des Stadtrates finde ich formalistisch und dem Verweis, dass man beim Kanton keine Infos abholen kann, würde ich widersprechen. Wenn man im Rahmen von Untersuchungen eine kantonale Stelle um Informationen anfragt, erhält man Auskunft. Es geht darum, Fehler zu verbessern. Es geht um die Kinder, die im Lilienberg unter unserer Verantwortung stehen und darum Möglichkeiten zu finden, diese adäquat unterzubringen und zu betreuen. All diese Forderungen sollen ernst genommen, die Vergangenheit soll aufgearbeitet und es soll nach vorne geschaut werden.

Ronny Siev (GLP): Die Betreuung der MNA im Lilienberg ist nicht ausreichend. Meine Vorredner und die Medien haben genug darüber berichtet. Dies hat offenbar auch damit zu tun, dass die AOZ nicht einhält, was sie dem Kanton bei der Ausschreibung versprochen hat. Sie hält sich nicht an kantonale Vorgaben. Die AOZ gehört der Stadt – das sind wir im Gemeinderat und das können wir nicht zulassen. Das kantonale Sozialamt veröffentlicht nach den Sommerferien einen Bericht zu seiner Betriebsprüfung. Wir warten auf diesen Bericht und es interessiert uns, was darinsteht. Auch die GPK hat sich in einem Tätigkeitsbericht geäußert und ist weiterhin zum Thema aktiv. Das Postulat fordert einen zusätzlichen Bericht, der sich speziell der AOZ und der Thematik der MNA im Lilienberg widmet. Wir in der GLP-Fraktion haben das Thema kontrovers diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass es eine zusätzliche, unabhängige, tiefere, administrative Untersuchung mit einem neuen Bericht zu den vorherigen Jahren benötigt. Welche Vorwürfe sind berechtigt, was können wir dagegen tun? Wie können wir in Zukunft verhindern, dass es so etwas gibt? Wir unterstützen das Postulat. Problematisch finden wir, dass drinsteht, wer dies durchführen soll. Wir werden auch in der Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) über die Inhalte der AOZ-Verordnung schauen, dass es künftig keine Missstände mehr geben kann.

Stefan Urech (SVP) stellt einen Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2022/235: Wir sind seit Jahren der Meinung, dass der Geschäftsbericht der AOZ beschönigt ist. Es



freut mich zu sehen, dass wir eine Wirkung haben und die linke Ratshälfte zu uns wechselt. Ich kann ankündigen, dass die SVP unter dem Vorbehalt einer kleinen Textergänzung die unheilige Allianz eingehen und diesem Postulat zustimmen wird. Ich kann Ihnen anhand eines Beispiels zum Testasylzentrum im Juch-Areal im Jahr 2017 sagen, weshalb: Man konnte in den Medien lesen, dass dies ein Drogenumschlagsplatz geworden war, bei dem man mit Koffern und Diebesgut ein- und ausging. Im Geschäftsbericht der AOZ zu diesem Jahr finden wir dazu kein Wort. Es ist genau diese Sicherheit, die uns beim Thema Lilienberg beschäftigt. Wenn man über Streitereien und Gewalt liest und darüber, dass «keine Regeln gelten», fragen wir uns, ob dort ähnliche Zustände herrschen. Wieso haben ehemalige Mitarbeiter öffentlich Angst über diese Zustände zu berichten? Wir hatten Kontakt mit Leuten, die im Auftrag der AOZ gearbeitet hatten und sich über ähnliche Sachen wie die Leute im Lilienberg beklagt haben. Es ist Zeit, dass die AOZ-Blackbox durchleuchtet wird. Bei der Aufzählung der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner soll zusätzlich erwähnt werden, dass auch Sicherheitsverantwortliche miteinbezogen werden.

Martina Zürcher (FDP): *Luca Maggi (Grüne) hat mich motiviert, erneut hervorzutreten. Er hat berichtet, dass er mit Mitarbeitenden gesprochen und dies in mehrseitigen Dossiers aufgearbeitet habe. Er habe dies veröffentlicht. Ich frage mich, weshalb er dieses Dossier nicht zuerst in die Aufsichtskommission des Gemeinderats gegeben hat. Er hat gesagt, die GPK könne dies nicht allein, aber man könnte damit beginnen, das wäre das richtige. Er hat gesagt, die Freisinnigen hätten ihn aufgefordert, das Postulat zurückzuziehen – das ist nicht wahr. Wir wollten Hand bieten für ein vernünftiges, in die Zukunft orientiertes Postulat und nicht eines, das acht Jahre zurück in die Vergangenheit geht.*

Walter Angst (AL) *ist mit der Textänderung zum Postulat GR Nr. 2022/235 einverstanden: Ich erlaube mir angesichts der scharfen Worte der FDP einige Bemerkungen zum Thema Oberaufsicht. Alexander Brunner (FDP) hat gesagt, wir seien Feiglinge. Ich weiss nicht, wie er zu diesem Punkt kommt. Andere haben gesagt, wir wollten die Oberaufsicht und die Aufsicht demontieren. Wenn jemand das macht, dann sind Sie das mit der Art und Weise wie sie die Oberaufsicht wahrnehmen und verstehen. Sie haben vor einem Jahr einen Bericht zu ihrer AOZ-Untersuchung veröffentlicht und in den zentralen Sachen gesagt, man habe Schwierigkeiten, aufsichtsrechtlich relevante und politische Themen voneinander zu trennen. Sie haben präzisiert, dass die Zuständigkeiten immer wieder geklärt werden mussten. Wenn man so an die Sache herangeht und wie Martina Zürcher (FDP) krampfhaft wartet, bis die Informationen auf den Tisch gebracht werden, kann man die Aufsicht definitiv nicht wahrnehmen. Da stimme ich zu. Ich nehme an, dass Sie das Betreuungskonzept der MNA, das öffentlich wurde, nachdem die Republik das erkämpft hat, gelesen haben. Wenn Sie die Liste anschauen, können Sie mit einfachem rechnen herausfinden, dass der Betreuungsschlüssel von qualifiziertem Personal weit unter dem liegt, was normalerweise für Kinder- und Jugendheime gilt. Wenn Sie nicht arbeiten wollen, können Sie auch die Aufsicht nicht wahrnehmen. Wenn Sie nur warten, dass man Ihnen etwas präsentiert, gibt es keine Ergebnisse einer Aufsicht. Zum Textänderungsantrag: Selbstverständlich sind Sicherheitsleute auch Kooperationspartner. Die sind in jeder Institution wichtig. Wenn Sie meinen, Sie könnten mit mehr Sicherheitsleuten die Probleme eines Kinder- und Jugendheims lösen, dann täuschen Sie*



12 / 15

sich. Soviel ich weiss, sind die Nachtwachen von der AOZ angestellt. Dann können wir dem Textänderungsantrag selbstverständlich zustimmen.

Luca Maggi (Grüne): Ich muss korrigieren: Ihr interpretiert Sachen in unsere Voten hinein, die nicht gesagt wurden. Ich habe nicht von einem umfangreichen Dossier mit Missständen gesprochen. Ich habe von einem vierseitigen Forderungspapier gesprochen, das wir in unserer Fraktionserklärung gemeinsam mit der AL und der SP vorgetragen haben. Wir haben diese auf unserer Homepage und derjenigen der AL veröffentlicht. Wir haben bewusst den Weg gewählt, dass es bei der Umsetzung einen Spielraum gibt, dass wir die Forderungen so umsetzen können, wie sie Sinn ergeben. Wenn man all seine Energie darauf verschwendet, zu verhindern, dass aufgearbeitet wird, was geschehen ist, dann kann man Verbesserungsvorschläge übersehen. Dann habe ich leider keine Hoffnung, dass sich irgendwas ändern wird, wenn Sie am Drücker sind.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Das Jahr 2021 war aufgrund der Coronapandemie für die AOZ und viele anderen Organisationen ein anspruchsvolles Jahr. Es war anspruchsvoll, unter den wechselnden Regeln in der Infrastruktur dafür zu sorgen, dass Personen gesund bleiben, Regeln eingehalten werden und dass die Institutionen sozial funktionieren. Ich danke allen Mitarbeitenden der AOZ im Namen des Stadtrats herzlich für ihren grossen Einsatz. In diesen Dank schliesse ich auch die Geschäftsleitung der AOZ unter dem neuen Direktor Stefan Roschi und der neuen Verwaltungsratspräsidentin Regula Ruffin ein, die Mitte letzten Jahres das Verwaltungsratspräsidium übernommen und sich mit enormem Engagement in die Aufgabe gekniet hat. Es war ein immenser Einsatz aller Beteiligten und der nahtlose Übergang der Coronakrise in die neue Situation in der Ukraine macht es nicht einfacher. Das ist für alle Beteiligten der AOZ – Führungspersonen, Personen an der Front oder Mitarbeitende in der Stadt – enorm anspruchsvoll. Das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir über einzelne Elemente diskutieren. Parallel zu den operativen Arbeiten und Herausforderungen haben wir im Jahr 2021 gemeinsam mit der AOZ und dem Verwaltungsrat diverse strategische Themen in Angriff genommen. Es wurde teilweise angesprochen: Die neue Eigentümerstrategie des Stadtrats, die Erarbeitung des neuen Leistungsvertrags, der teilweise kritisiert wurde, den wir aber als wichtig und als verankert in der Verordnung der AOZ sehen. Als Teil davon das Moratorium für neue Drittaufträge für neue Kollektivstrukturen, um genau die Diskussion über die Zukunft zu führen, die ich zuvor angetönt habe. Sie werden dort einbezogen. Ich habe die personellen Wechsel angesprochen, die auch für eine Organisation anspruchsvoll sind, vor allem, wenn die Vorhergehenden sehr lange in den Ämtern waren. Der Prozess geht weiter. Die AOZ, der Verwaltungsrat und der Stadtrat werden sich weiter intensiv damit befassen. Sie werden gefordert, dies einerseits mit der angekündigten Weisung im Zusammenhang mit den Drittaufträgen und andererseits auch in der SK SD im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht zwei Jahre BAZ zu machen. Diejenigen, die meinen, es wurde nichts zum Thema Sicherheit gesagt, seien daran erinnert, dass der Bericht vorliegt und dort sehr viel Substanzielles gesagt wird. Diese Diskussionen werden in die neue Verordnung der AOZ einfliessen. Das sind Elemente, an denen wir arbeiten. Es ist enorm anspruchsvoll für alle Beteiligten diese Prozesse auf den verschiedenen Ebenen



zu führen und zu diskutieren. Es ist eine Operation am offenen Herzen: Was an Dossiers vorhanden ist, was für Interpretationsspielräume, Vorwürfe und Missverständnisse über Zuständigkeiten bestehen und die unterschiedlichen Vertrauensbekenntnisse gegenüber den eigenen Kommissionen werden diese Arbeit massiv erschweren. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die für die weitere Arbeit dieser Organisation relevanten Informationen der zuständigen Aufsichtsstelle zukommen lassen, damit diese ihre Arbeit machen kann. Beim kantonalen Sozialamt gibt es die Untersuchung. Sie können dort etwas beitragen, wenn Sie den städtischen Stellen nicht vertrauen. Wenn Sie wollen, dass der Gemeinderat sich damit befasst, geben Sie dies bitte in die Geschäftsprüfungskommission oder sonst einer Aufsicht. Es ist tatsächlich schwierig, wenn man einerseits mit den Medien spricht, aber andererseits direkt in die Organisation hinein versucht zu kommunizieren. So funktioniert es am Schluss nicht. Zum Lilienberg: Es ist generell so, dass der Asylbereich mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert ist und die AOZ ganz besonders. Das sind einerseits vulnerable Gruppen, im Lilienberg noch etwas vulnerabler. Das sind Schwankungen in den Zahlen der geflüchteten Menschen, die zu uns in den Kanton Zürich kommen. Letztes Jahr ist die MNA-Zuweisung im Zentrum Lilienberg deutlich gestiegen. Wir haben ein Problem mit dem Fachkräftemangel: Die AOZ könnte sofort 8 bis 10 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einstellen, wenn sie sie finden würde. Das Personal kann nicht gefunden werden, man ist aber daran. Beim Auftrag der AOZ im Lilienberg kommt erschwerend dazu, dass unterschiedliche Institutionen beteiligt sind. Es sind zwei kantonale Ämter und Direktionen involviert, die lokale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), die Schule, die AOZ; sie haben Schnittstellen vom Bundesasylzentrum zum Lilienberg oder zu der kantonalen Stufe in die kommunale Stufe. Die AOZ bemüht sich gemeinsam mit der Stadt Zürich bei diesen Übergängen gute Lösungen zu finden. Es geht nicht alles auf Knopfdruck. Es ist wichtig und richtig, dass anerkannt worden ist, dass einiges am Laufen ist. Verbesserungen wurden vor der medialen Berichterstattung in die Hand genommen, wie die Wohngruppe Affolternstrasse, die ein ganz wichtiges Element ist. Es sind nicht einfach einige Plätze, die dort zur Verfügung gestellt werden, sondern es werden die Vulnerabelsten dieser Gruppe aufgenommen. Die Aussenstelle Affolternstrasse ermöglicht es, dass wir einen Teil dieser Personen, die für den gesamten Betrieb belastend sind und ihn schwieriger machen, woanders betreuen. Die AOZ ist am Bauprojekt, damit die Schulräume besser werden. Es gibt noch zusätzliche Themen, die Schritt für Schritt kommen, aber möglich ist nicht alles sofort. Da bitte ich Sie zu respektieren, dass wir nicht allein in der Aufsicht sind, weder wenn es um die Aufarbeitung noch wenn es um die Entscheide geht. Wir müssen dies miteinander tun. Miteinander heisst, dass es nicht unbedingt konstruktiv ist, wenn man einander öffentlich Lügen vorwirft. Manchmal ist es besser, wenn man gemeinsam versucht, entsprechende Arbeiten zu machen. Stadtrat und AOZ sind auf dem richtigen Weg, aber es dauert noch eine Weile.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.



14 / 15

Mehrheit: Sanija Ameti (GLP), Referentin; Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidentin
Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Simon Kälin-Werth (Grüne)
Enthaltung: Reis Luzhnica (SP)
Abwesend: Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 43 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Genehmigung des Geschäftsberichts 2021 (Beilage) der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 29. Juni 2022 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

253. 2022/235

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 08.06.2022:

Bericht zur Entwicklung der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen (MNA) und jungen Erwachsenen durch die städtische Asylorganisation Zürich (AOZ) seit 2014 sowie Empfehlungen zur Behebung von strukturellen Mängeln

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/115, Beschluss-Nr. 252/2022.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 192/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Stefan Urech (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen durch Externe erstellten Bericht zur Entwicklung der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen (MNA) und jungen Erwachsenen durch die städtische Asylorganisation Zürich (AOZ) seit 2014 vorzulegen resp. hierfür eine Administrativuntersuchung in Auftrag zu geben. Diese soll die Kritik von Kooperationspartner:innen (Fachorganisationen, Psycholog:innen, Schule, Bestand:innen, Amt für Jugend- und Berufsberatung, Sicherheitsverantwortliche) sowie von Mitarbeiter:innen, die die AOZ verlassen haben, darstellen und bewerten.



15 / 15

Zudem sollen dabei Empfehlungen abgegeben werden, wie die strukturellen Mängel behoben werden können. Basis soll eine von einer externen Person oder Institution (z.B. Rechtsanwalt Prof. Dr. Thomas Poledna) erstellte Untersuchung sein. Dabei soll sichergestellt werden, dass die nicht mehr bei der AOZ arbeitenden Auskunftspersonen und die externen Kooperationspartner:innen von ihrer Schweigepflicht entlastet werden sowie den Auskunftspersonen bei Bedarf auch Anonymität zugesichert werden kann.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 89 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat